

## Tagung der Nationalliberalen Reichstagsfraktion in Eisenach.

### Eine EntschlieÙung zur Lebensmittelfrage.

Zur Beratung dringender Fragen der Reichspolitik, besonders der Bekämpfung der Teuerung, war die Nationalliberale Reichstagsfraktion am 6. und 7. November nahe vollzählig in Eisenach versammelt. Es waren erschienen die Abgeordneten Bassermann, Barlling, Bärwinkel, Blankenhorn, Böhme, Böttger, von Caller, Bötting, Heck, Heckmann, Hepp, Hoppe, Jäler, Junk, Reinath, Kleve, List (Ehlingen), Lühel, Marquard, Meyer-Celle, Meyer-Herford, Obkircher, Ortmann, v. Richthofen, Roland-Lücke, Schulenberg, Schwabach, Stöve, Strack, Strefemann, Thoma, Wittum, Zimmermann.

Beim Beginn der Tagung widmete der Fraktionsvorsitzende, Abg. Bassermann, dem jüngst verstorbenen Abg. Bamhoff herzliche Worte des Gedenkens. Die Verhandlungen erstreckten sich in erster Linie auf die Frage der Versorgung unseres Volkes mit ausreichenden und preiswerten Lebensmitteln. Auf die eingehenden und sachkundigen Berichte der Abgeordneten Dr. Böhme und Roland-Lücke folgte eine Aussprache, die alle Seiten der Teuerungsfrage beleuchtete und in folgender EntschlieÙung ihren Abschluß fand:

Die nationalliberale Fraktion des Deutschen Reichstages erblickt in der Bekämpfung der Lebensmittelteuerung die wichtigste derzeitige innerpolitische Aufgabe. Sie verkennet nicht, daß durch die in allerletzter Zeit getroffenen Maßnahmen ein wirksamer Anfang zur Beseitigung der schweren Notstände in der Lebensmittelversorgung gemacht wurde, erwartet jedoch den unverzüglichen Ausbau dieser Verordnungen, namentlich in der Richtung, daß die durch die Zeitverhältnisse gebotene Sparsamkeit mit Lebensmitteln von allen Kreisen beobachtet werde. Zu diesem Zwecke hält sie die Einführung von Fleischkarten und eine auf derselben Grundlage beruhende Verteilung von Fett und Butter in größeren Städten für unbedingt erforderlich.

Die Fraktion bedauert aufs lebhafteste, daß die Widerstände innerhalb und außerhalb der Reichsleitung, die sich einer Regelung der Lebensmittelfrage entgegenstellten, erst dann überwunden werden konnten, als eine Notlage weiter Volksteile infolge Unterlassung solcher Maßnahmen eingetreten war. Im Zusammenhang mit der Regelung der Lebensmittelfrage muß auch verlangt werden, daß die Versorgung der unter dem Mangel an Futtermitteln schwer leidenden Landwirte und kleinen Viehhalter als der Hauptträger der Viehzucht, vor allem der Schweinezucht, mit Futtermitteln zu erträglichen Preisen schleunigst sichergestellt wird.

Zur Aufrechterhaltung der Produktion in Landwirtschaft, Industrie und Gewerbe muß eine planmäßige Organisation der Beurlaubung von

Mannschaften in die Wege geleitet werden, um die Versorgung des Volkes und Heeres mit allen benötigten Erzeugnissen sicherzustellen.

Die Fraktion verurteilt den Lebensmittelwucher in jeder Form und in allen Kreisen, in denen er sich etwa geltend gemacht hat. Sie fordert deshalb die schärfste Handhabung der Bestimmungen gegen den Lebensmittelwucher, wobei sie auch für notwendig erachtet, daß ermöglicht wird, die Ausnützung der Not des Volkes durch Zurückhaltung notwendiger Lebensmittel zur Erzielung höherer Preise mit dem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte zu bestrafen.

Endlich hält die Fraktion die sofortige Einbringung der Vorlage einer Kriegsgewinnsteuer mit gestaffelten Steuerfähigkeiten, namentlich für den reinen Spekulationsgewinn, für dringend geboten.

Ein weiterer Gegenstand der Tagesordnung betraf den Belagerungszustand und die Zensur, über die der Abg. Böttger berichtete.

Nach Abschluß der Aussprache nahm der Abg. Bassermann das Wort zur umfassenden Darlegung der heutigen Politik. Seine Ausführungen gaben der festen Überzeugung von dem Siege der deutschen Waffen und der Erwartung Ausdruck, daß den großen Opfern unseres Volkes ein deutscher Friede folgen müsse, der unsere germanische Zukunft sicherstellt. Sie wurden mit stürmischer einmütiger Zustimmung der Fraktion begleitet. Der Abg. List sprach dem Führer den Dank für seine patriotische Arbeit und die Zuversicht für die Erreichung der von ihm und der Partei verfolgten Ziele aus.